

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert**  
**26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

**Nedderstraße 40**  
**42549 Velbert**

Velbert, 27.Sept. 2022

## **26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2022 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

**Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

## **Begründung:**

**01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .**

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeke (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

Das Zerschlagungsoffer hat im Schreiben vom 06.Juni 2022 an den Kreis Mettmann **gefordert: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH**

**Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.**

Der Sozialversicherungsträger ist längst über alle Vorgänge informiert, nimmt aber keinerlei Notiz von diesen Vorgängen. Im Gegenteil, er betreibt unter dem Zeugen-Deckmantel Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung und psychische Folter: Siehe **Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Darüber hinaus:** Das Opfer fordert längst den **Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung** durch den Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, eine verfassungswidrige Krankenversicherung anbietet, um vollstrecken zu können, und das Honorar für den Rechtsanwalt, der die verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal durchgesetzt hat, auf Pfändungsschutz-Konto des Klägers pfänden lässt.

**Der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung ist endlich anzuerkennen.**

Soziale Zerschlagungen seit 2011 (70.Lebensjahr) haben eine einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

**Politik-Versagen** mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden / mit Rückendeckung aus Berlin (Z1, Z2)

+ **ÖRR-Versagen** der gesamten Intendantenschaft mit Rückendeckung aus Berlin (Z3)

+ **Justiz-Versagen** mit sozialen Zerschlagungen (Z4, Z5) inkl. mehrfache Freiheitsberaubung und psychische Folter im hohen Rentenalter  
= **Staatsversagen, brutal verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.**  
**Grundrechte sind angeboren und nicht käuflich!**

**Das Opfer ist kein Täter, ein Bußgeld-Bescheid, mit dem er für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen wird, ist Opfer verhöhnd. Sieh Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von **Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen** mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und von **Staats-Versagen** nicht mehr nachvollziehbar ist. Die sozialgerichtlichen Verfahren der Pflegeversicherung sind längst abgeschlossen

**Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend im 81.Lebensjahr** mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsruhe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

**Beantragt wird erweiterte Bearbeitungszeit für neue Klageschriften:**

**1 Monat für neue Klageschrift zu Z1 ( 2 O 70/15 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)**

**1 Monat für neue Klageschrift zu Z2 ( 2 O 163/16 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)**

**02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf Was soll denn bezeugt werden?**

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Debeka voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Debeka beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erziehungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**> Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen** mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

**Es ist makaber**, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80. Lebensjahr)

**Es ist makaber**, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

**Es ist makaber**, wenn an einen Rentner 300,- € in einem wichtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird

**Mehr makaber geht nicht, das ist pervers**, wenn der Sozialversicherungsträger das Rechtsanwalts-honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug. 2021 bis heute (mehrere 100 € monatlich (Zerschlagung 4))

> **Pervers**: Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

### 03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

**Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig**

**Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in**

**Deutschland und Europa, ohne Subventionen,**

**mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.**

**professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

**Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter**

**Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für**

**Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher**

**Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher**

**Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur**

**Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit**

**21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen**

**Regierung,**

**jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-**

**finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

**Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen**

**Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche**

**Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“  
wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)  
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)  
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen  
mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998**

**In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**  
zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel  
von Erziehungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität,  
Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale  
Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener  
Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über  
80 Jahren.

**Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens  
Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am  
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung  
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich  
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des  
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender  
Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der  
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit  
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

**04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:  
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht  
„Bürger sind keine Untertanen“  
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“  
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“  
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an  
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**  
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und  
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :  
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik  
und Verwaltung . . . . .**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht  
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,  
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,  
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine  
Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,  
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein  
grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

**„Bürger sind keine Untertanen“  
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,  
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)**

**„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle  
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)**

**„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“  
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.**

## **Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht**

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)  
mit extremistischer Ausuferung

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
- > zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend**

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

**Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers**, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

**Dr. Johannes Rau,**

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Dr. Günter Rexrodt,**

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

**"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation**

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Dr. Henning Voscherau,**

**Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg** (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

**"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Karel van Miert,**

**EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:**

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

**Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

**Erkki Liikanen,**

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:**

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Velbert, 27.Sept. 2022



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf**, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf**, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf**, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

### **Anlage OWiV-01**

#### **Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

### **Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

#### **Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

### **Anlage OWiV-03**

#### **Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert**  
**26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

**Nedderstraße 40**  
**42549 Velbert**

Velbert, 27.Sept. 2022  
23.Feb. 2023

## **26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2022 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)

**Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

## **Begründung:**

**01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .**

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeke (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

Das Zerschlagungsoffer hat im Schreiben vom 06.Juni 2022 an den Kreis Mettmann **gefordert: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH**

**Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation Qualitäts- und Leistungsmerkmal dieser in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.**

Der Sozialversicherungsträger ist längst über alle Vorgänge informiert, nimmt aber keinerlei Notiz von diesen Vorgängen. Im Gegenteil, er betreibt unter dem Zeugen-Deckmantel Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung und psychische Folter: Siehe **Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Darüber hinaus:** Das Opfer fordert längst den **Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung** durch den Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, eine verfassungswidrige Krankenversicherung anbietet, um vollstrecken zu können, und das Honorar für den Rechtsanwalt, der die verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal durchgesetzt hat, auf Pfändungsschutz-Konto des Klägers pfänden lässt.

**Der Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung ist endlich anzuerkennen.**

Soziale Zerschlagungen seit 2011 (70.Lebensjahr) haben eine einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

**Politik-Versagen** mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden / mit Rückendeckung aus Berlin (Z1, Z2)

+ **ÖRR-Versagen** der gesamten Intendantenschaft mit Rückendeckung aus Berlin (Z3)

+ **Justiz-Versagen** mit sozialen Zerschlagungen (Z4, Z5) inkl. mehrfache Freiheitsberaubung und psychische Folter im hohen Rentenalter  
= **Staatsversagen, brutal verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.**  
**Grundrechte sind angeboren und nicht käuflich!**

**Das Opfer ist kein Täter, ein Bußgeld-Bescheid, mit dem er für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen wird, ist Opfer verhöhnd. Sieh Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von **Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen** mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und von **Staats-Versagen** nicht mehr nachvollziehbar ist. Die sozialgerichtlichen Verfahren der Pflegeversicherung sind längst abgeschlossen

**Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend im 81.Lebensjahr** mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsruhe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

**Beantragt wird erweiterte Bearbeitungszeit für neue Klageschriften:**

**1 Monat für neue Klageschrift zu Z1 ( 2 O 70/15 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)**

**1 Monat für neue Klageschrift zu Z2 ( 2 O 163/16 LG Wuppertal, VG 27 K 308.14 VG Berlin)**

**02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf**  
Was soll denn bezeugt werden?

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Debeka voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Debeka beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erziehungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**> Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen** mit Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

**Es ist makaber**, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80.Lebensjahr)

**Es ist makaber**, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

**Es ist makaber**, wenn an einen Rentner 300,- € in einem wichtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird

**Mehr makaber geht nicht, das ist pervers**, wenn der Sozialversicherungsträger das Rechtsanwalts-honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug.2021 bis heute (mehrere 100 € monatlich (Zerschlagung 4))

> **Pervers**: Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

### 03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

**Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig**

**Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:**

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in**

**Deutschland und Europa, ohne Subventionen,**

**mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.**

**professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

**Zerschlagungsoffer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt,**

**ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher**

**Verantwortung der Täter**

**Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für**

**Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher**

**Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher**

**Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur**

**Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit**

**21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen**

**Regierung,**

**jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-**

**finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk**

**Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen**

**Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche**

**Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“  
wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)  
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)  
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen  
mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998**

**In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung  
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**  
zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel  
von Erziehungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität,  
Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale  
Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener  
Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über  
80 Jahren.

**Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens  
Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am  
Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung  
des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich  
sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des  
Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender  
Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der  
stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit  
Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

**04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:  
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht  
„Bürger sind keine Untertanen“  
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“  
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“  
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,  
**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an  
seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**  
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und  
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :  
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik  
und Verwaltung . . . . .**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht  
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,  
Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen,  
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine  
Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,  
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein  
grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

**„Bürger sind keine Untertanen“  
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,  
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)**

**„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle  
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)**

**„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“  
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,  
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.**

## **Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht**

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)  
mit extremistischer Ausuferung

- > zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,
- > zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010
- > zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010
- > zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend**

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

**Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers**, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

**Dr. Johannes Rau,**

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**

Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Dr. Günter Rexrodt,**

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

**"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation**

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Dr. Henning Voscherau,**

**Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg** (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

**"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Karel van Miert,**

**EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:**

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

**Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

**Erkki Liikanen,**

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:**

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Velbert, 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf**, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf**, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf**, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

### Anlage OWiV-01

#### **Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

### Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

#### **Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

### Anlage OWiV-03

#### **Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

### Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben **Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

### Anlage OWiV-02 a

#### **Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

#### **> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

**gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit**

**Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit**

**Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

**mit Kapitel BVERFG-380**

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.**

**Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

**mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,**

**mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!**

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

**Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen**  
**Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt**  
**2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.**

**> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .**

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,  
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

**> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

**Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,**

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,  
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom  
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das  
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige  
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)  
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle  
deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde  
**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 286/380/389)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert**  
**(26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

**Nedderstraße 40**  
**42549 Velbert**

Velbert, 04.04.2023

## **26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom  
31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem  
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und  
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 21)

Velbert, 04.04.2023



Albin L. Ockl

Anlage der Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74/88)



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf**, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf**, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf**, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

### Anlage OWiV-01

#### **Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

### Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens

#### **Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

### Anlage OWiV-03

#### **Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

### Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben **Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

### Anlage OWiV-02 a

#### **Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

#### **> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

**gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit**

**Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit**

**Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

**mit Kapitel BVERFG-380**

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.**

**Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

**mit über 10 Jahre OWi-Busgeld-Hexenjagd seit 2011,**

**mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!**

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

**Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen  
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt  
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.**

**> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .**

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,  
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:  
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

**> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

**Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,**

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,  
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom  
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das  
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige  
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)  
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle  
deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde  
**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 286/380/389)

## Legende

**Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01.** Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02.** Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03.** Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,**

**mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.**

**professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

**Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023**

**Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Frau Zankl**  
**Richterin am**  
**Amtsgericht Velbert**  
**(26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

**Nedderstraße 40**  
**42549 Velbert**

Velbert, 28.04.2023

## **26 OWi-523 Js 814/22-84/22**

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom  
31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem  
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und  
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

## **Sehr geehrte Frau Richterin Zankl,**

der Unterzeichner hat Ihnen die Rechtsbeschwerde während des Gerichtstermins  
am 24.02.2023 persönlich übergeben, um ein Gerichtsversehen auszuschließen.

Am Amtsgericht Velbert gibt es Unregelmäßigkeiten, über die Richter  
offensichtlich nicht informiert werden. Beispielsweise musste der Unterzeichner  
und seine Frau Polizei-Terror bei Dunkelheit auf einem umfriedeten Grundstück  
unmittelbar vor einem Gerichtstermin erleben, bei dem es um die  
verfassungswidrige Krankenversicherung gegangen ist. Geschehen im Januar  
2023, der zuständige Richter, darauf schriftlich und auch im Termin  
angesprochen, wusste davon nichts. Wird so die Justiz manipuliert?

**Der Unterzeichner ist besorgt wegen des Einsatzes weisungsgebundener  
Staatsanwaltschaft. Er ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit  
1998, seit 25 Jahren, am Wohnort und am Geburtsort, unter persönlicher  
Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder, einer Immunität-  
geschützten Täterschaft mit Weisungsbefugnis zu Staatsanwälten.**

**Diese Weisungen werden nicht direkt erteilt, sondern über den Generalstaatsanwalt in Düsseldorf und / oder über das Bundesamt für Justiz.**

Der Unterzeichner hat ein berechtigtes Interesse über Aufklärung der hier vorliegenden Unregelmäßigkeit. Die einzige Regelmäßigkeit dieser Bußgeld-Verfahren besteht darin, dass sie seit 2011 stattfinden, nach niedergeschlagenen Petitionen am Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München, in 2010. Sein Bruder hat die Hetzjagd unter Söder, damals Bayerischer Staatsminister, nicht überstanden und in 2012 den Freitod vorgezogen.

Es ist kann nicht Ihre Aufgabe sein, über die Verfassungswidrigkeit von Sozialversicherungen zwischen einer Vielzahl von Terminen zu Verkehrsdelikten zu entscheiden. Wir haben die Verfassungsbeschwerde daher auch weitergeleitet:

**> an das Sozialgericht Düsseldorf** wegen Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen in Verbindung mit einem Pfändungsschutzkonto und laufenden Pfändungen sowie

**> an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg** wegen Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine Überflutung von Gerichtsverfahren unter Betreuung von Staatsanwälten. Die Überflutung mit Gerichtsverfahren im Alter von über 80 Jahren ist ein Exzess von Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung. Rechtsbeschwerden wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen mit laufenden Zwangsmaßnahmen auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nur auf Antrag zuzulassen, ist ein **zusätzlicher Grund für eine Verfassungsbeschwerde** am Bundesverfassungsgericht:

Der mit Datum 23.Feb.2023 aktualisierte Schriftsatz mit Begründung Rechtsbeschwerde und vernetzter Dokumentation: Sieh

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Die Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D: Sieh

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74/88)

Wegen der Unverhältnismäßigkeit aller Vorgänge, eines Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen in 2-stelliger Millionenhöhe als einzige Ursache für verfassungswidrige Sozialversicherungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr), mit exzessiver Opferkriminalisierung, mit orgienartiger Überflutung eines Rentners im 82.Lebensjahr mit Gerichtsverfahren, nicht nur hier im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, noch dazu mit einem Bußgeldverfahren, das ist Spitzenleistung am Amtsgericht Velbert, nur noch als **brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig mit Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung abzuwehren mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG**

**Es ist Faktenlage,**

dass wir für den Aufbau unserer Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größtem Congressangebot und professionellem Wissensmanagement keinen einzigen Pfennig Fördergelder erhalten haben, dass wir bis heute für Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz dieses herausragenden Lebenswerkes keinen einzigen Cent erhalten haben, und dann **von deutscher Justiz boykottiert und von Staatsanwaltschaften sabotiert** werden.

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur**

**unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, mit meiner Seminarreihe ONLINE den Grundstein für unsere Europäischen Congressmessen gelegt zu haben,**

die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben,**

mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf,** mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz **eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009)** wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

### **Es ist Faktenlage,**

dass mein Bruder, Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebes und eines Damwild-Geheges am Geburtsort, sieh Internet

> > > <http://www.damwild-ockl.de>

Opfer einer pranger-artigen Volksjustiz in bayerischen Kommunalwahlen mit anschließendem Behörden-Versagen (Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Mitterteich/Leonberg) und Justiz-Versagen (Verwaltungsgericht Regensburg) unter Rückendeckung aus München (heutiger Ministerpräsident mit Staatsministerin Melanie Huml) und Berlin (Altbundeskanzlerin), geworden ist, dass sudetendeutsche Vertriebene, z.B. Volksschule-Klassenkameradin, verheiratet mit Landrat, Sohn eines führenden NSDAP-Mitgliedes, das meinen Vater in den Russland-Feldzug 1941 (beerdigt in Kramatorsk / Ukraine 1945) trotz Befreiung vom Kriegsdienst als Betreiber einer sog.Kunstmühle (vollautomatisiert in 1941) gezwungen hat, weil er kein NSDAP-Mitglied war, und Volksschule-Klassenkamerad (später Bürgermeister von Mitterteich) die Zerschlagung am Geburtsort erzwungen haben, dass mein Bruder mit einer Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012) mit anschließender Nachlassinsolvenz getrieben wurde,

**dass die Niederschlagung meiner Petitionen in 2010 an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München**

deutsch-bayerisches Politik-Versagen unter Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker (Altbundeskanzlerin, heutiger Ministerpräsident in Bayern mit Staatsministerin Huml in seiner Staatskanzlei) die Verbundenheit deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker gegen uns gefestigt hat, dass der heutige bayerische Ministerpräsident als Schirmherr die Sudetendeutschen Vertriebenen zum 4. bayerischen Volksstamm mit entsprechender Unterstützung erklärt hat, um sich Wählerstimmen zu sichern für seine Wahlkampfstrategie 40% + X.

**Erdrückende Beweislage detailliert in Gerichtsverfahren seit 2010** längst vorgelegt und unvorstellbar: Staatsorgane übergreifend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend, mit Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen seit 1998.

**Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal,** von

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste  
**u.v.a.m.**

Der Unterzeichner beantragt die Einstellung des Bußgeldverfahrens wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen mit Zwangsmaßnahmen auf Pfändungsschutz-Konto und wegen staatsanwaltschaftlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen notfalls mit Rechtsbeschwerde.

Mit höflichem Gruß



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf**, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, ohne Subventionen die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, mit Erschließung von Mittelstandspotentialen für digitale Innovationen, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf**, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) nicht nur den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Innovationseffizienz gesichert zu haben und so ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen seit 1976. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf**, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.

'Artificial Intelligence' wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 – 2003](#)

### **Anlage OWiV-01**

#### **Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

### **Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

#### **Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

### **Anlage OWiV-03**

#### **Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

### **Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

#### **Anlage OWiV-02 a**

#### **Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

#### **> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

**gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit**

**Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit**

**Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

**mit Kapitel BVERFG-380**

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.**

**Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

**mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,**

**mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!**

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

**Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen  
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt  
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.**

**> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .**

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,  
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:  
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

**> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

**Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,**

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,  
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)

> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde

**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>

Scroll down after link (page 286/380/389)

## Legende

**Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01.** Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02.** Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03.** Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,**

**mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.**

**professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

**Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023**

**Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-4971-548

**Oberlandesgericht Düsseldorf**  
**3.Senat für Bußgeldsachen**  
**IV-3 ORbs 133/23**

**Cecilienallee 3**  
**40474 Düsseldorf**

Velbert, 28.08.2023

## **IV-3 ORbs 133/23**

523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal

Beschluss vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.08.2023) am  
Oberlandesgericht Düsseldorf durch Richterin am Landgericht Kellner  
Zurückweisung mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen  
verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011  
im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im**  
**82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem**  
**70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**  
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa  
mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

**Begründung** mit fortlaufender. Nummerierung:

**05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.**

**Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.**

**Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf**

**staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung****

**eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .**

**Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:**

**Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

Die Rechtsbeschwerde, direkt an die verantwortliche Richterin Zankl des Amtsgerichtes Velbert übergeben und gemäß Ihrem Hinweis an der Geschäftsstelle zu Protokoll gegeben, inzwischen auch beim Bundesverfassungsgericht in Form einer Verfassungsbeschwerde vom 31.März 2023 zur Überprüfung vorgelegt und anschließend dem Amtsgericht zwecks Abhilfe vorgelegt (Anlage OWiV-07 OLG), umfasst folgende Kapitel:

**Kapitel 01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner jetzt im 82.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .**

**weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)**

**weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,**

**weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,**

**weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,**

**weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,  
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.**

Das Zerschlagungsopfer hat im Schreiben vom 06.Juni 2022 an den Kreis Mettmann **gefordert: Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz vor verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen seiner Europäischen Congressmessen für digitale Evolution: ONLINE und KOMMTECH**

**Weltweit größtes Congressangebot mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation, Qualitäts- und Leistungsmerkmal seiner in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.**

Der Sozialversicherungsträger ist längst über alle Vorgänge informiert, nimmt aber keinerlei Notiz von diesen Vorgängen. Im Gegenteil, er betreibt unter dem Zeugen-Deckmantel Opferkriminalisierung, Freiheitsberaubung und psychische Folter: Sieh **Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Darüber hinaus:** Das Opfer fordert längst den **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung** durch den Sozialversicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, eine verfassungswidrige Krankenversicherung anbietet, um vollstrecken zu können, und das Honorar für den Rechtsanwalt, der die verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal durchgesetzt hat, auf Pfändungsschutz-Konto des Klägers pfänden lässt.

**Der Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung ist endlich anzuerkennen.**

Soziale Zerschlagungen seit 2011 (70.Lebensjahr) haben eine einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:

**Politik-Versagen** mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden / mit Rückendeckung aus Berlin (Z1, Z2)

**+ ÖRR-Versagen** der gesamten Intendantenschaft mit Rückendeckung aus Berlin (Z3)

**+ Justiz-Versagen** mit sozialen Zerschlagungen (Z4, Z5) inkl. mehrfache Freiheitsberaubung und psychische Folter im hohen Rentenalter

**= Staatsversagen, brutal verfassungswidrig am Grundgesetz vorbei.**

**Grundrechte sind angeboren und nicht käuflich!**

**Das Opfer ist kein Täter: ein Bußgeld-Bescheid, mit dem er für sein Verhalten zur Verantwortung gezogen wird, ist Opfer verhöhnend (Art.1 Abs.1 GG). Sieh **Anlage OWiV-03****

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert** mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von

**Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen** mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und von **Staats-Versagen** nicht mehr nachvollziehbar ist. Die sozialgerichtlichen Verfahren der Pflegeversicherung sind längst abgeschlossen

**Erneut beantragt wird Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz mit Anspruch auf einen humanen Lebensabend jetzt im 82.Lebensjahr** mit einem längst zu würdigendem Lebenswerk, nach über 20 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung, nach 2 Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010, danach anschließend politisch motivierte Sklavenhaltung mit Gerichtsverfahren in Berlin, in NRW und in Bayern, an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten mit zweimal Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, mit Staats-Versagen und Politik-Versagen, ohne Urlaubsruhe, ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe u.v.a.m.

**Kapitel 02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.**

**Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf**

Was soll denn bezeugt werden?

Verfassungswidrige Opferverhöhnung, weil Debeka voll informiert ist, dass es hier nicht um soziale Sicherheit geht, sondern um soziale Zerschlagung. Debeka beteiligt sich seit 2011 nicht nur mit skrupellosen Bußgeldverfahren am Amtsgericht Mettmann an den politisch motivierten Zerschlagungen: Siehe

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**> Missbrauch von Sozialgerichten für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierter Zerschlagung ist längst abzustellen**

mit Vorrang für Rehabilitation und Schadenersatz (Zerschlagung 4 und 5), um Beiträge bezahlen zu können und Versicherungsschutz im fortgeschrittenem Rentenalter zu erreichen.

> Längst war nachgewiesen, dass in einem solchen Umfeld Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft als extremistische Ausuferung von politisch motivierten Zerschlagungen keinen Platz haben darf. Der Sozialversicherungsträger hat dies zweimal getan. Alle waren informiert. Das Opfer hat zu diesem Sozialversicherungsträger kein Vertrauen mehr. Ihm wurde eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen, ohne Versicherungsleistungen seit 2010. Die Verfassungswidrigkeit der Krankenversicherung ist längst nachgewiesen. Bis dato wird ihm der **Vorrang von Rehabilitation und Schadenersatz** verweigert. Diese Art von Sozialversicherung ist verfassungswidrig. (Zerschlagung 4)

> **Seit 2013 muss das Zerschlagungsoffer ein Pfändungsschutz-Konto** verwenden wegen der Schadenshöhe politisch motivierter Zerschlagungen. Solche Konto-Inhaber haben eine SCHUFA-Eintragung, bekommen nicht einmal einen Dispo-Kredit, geschweige denn eine Kreditkarte.

**Es ist makaber**, wenn ein solcher Konto-Inhaber von deutscher Justiz motiviert wird, den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen ohne Schadenersatz in Angriff zu nehmen (so in 2020, im 80.Lebensjahr)

**Es ist makaber**, wenn eine Krankenversicherung so funktioniert, dass die Rückerstattung von Arzt-Rechnungen auf einem Pfändungsschutz-Konto vom Geldinstitut für Pfändung kassiert wird.

**Es ist makaber**, wenn an einen Rentner 300,- € in einem wuchtigen Entlastungspaket der Energiekrise 2022 erstattet werden sollte und dann vom Geldinstitut für Pfändung (inzwischen auch Rückerstattungen von Stromeinsparungskosten durch Stromlieferant, dringend benötigt) kassiert wird **Mehr makaber geht nicht, das ist pervers**, wenn der Sozialversicherungsträger ein horrendes Rechtsanwalts Honorar für eine verfassungswidrige Krankenversicherung auf dem Pfändungsschutz-Konto eines Rentners nach politisch motivierter Zerschlagung in Raten pfänden lässt. So seit Aug.2021 bis heute (mehrere 100 € bis über 1000 € monatlich (Zerschlagung 4)  
> **Pervers**: Von politisch motivierter Zerschlagung zu sozialer Zerschlagung: Opfer wird für wirtschaftliche Folgen der politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht. Bis heute wird Rehabilitation und Schadenersatz verweigert.

Kapitel 03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel persönlich verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**In diesem Umfeld Soziale Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe**

zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, Hausfriedensbruch, Rufmord, Zerschlagung der Identität, Zerschlagung der Heimat, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, mit kapitalen Vermögensschäden und staatlich erzwungener Altersarmut bis zu Benutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto im Alter über 80 Jahren.

**Sieh Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

**Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

hier wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin.

**Kapitel 04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:**

**Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht**

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :**

**führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .**

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar, Rechtsbeugung ist strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen, Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden, es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“

**Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,**  
**Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)**

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle**  
**Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)**

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

**Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,**  
**Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.**

**Herausforderung an das Bundesverfassungsgericht**

in besonders schwerwiegendem Fall:

Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998) mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiter Sippenzerschlagung seit 1998,

> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010

> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010

> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

**mit best vernetzter Täter-Phalanx und großem Schaden für Deutschland:**

**Staatsorgane übergreifend, Gerichte übergreifend, Bundesländer übergreifend, Generationen übergreifend**

mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012 Todesopfer)

mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu

Pfändungsschutz-Konto ohne Kreditmöglichkeiten seit 2013,

mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte mit

Freiheitsberaubung, mit psychischer Zerschlagung und

gegen das Europäische Menschenrecht auf ein faires Verfahren,

**nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

**Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

**Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers**, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

**Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

**Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :**  
**führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf>

Scroll down after link (page 29) wie z.B

**Dr. Johannes Rau,**

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**  
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der KOMMTECH 1988 in der Messe Essen

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Dr. Günter Rexrodt,**

Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,  
**Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg:**

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

**"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation**

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

**Dr. Henning Voscherau,**

**Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997),** Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

**"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'94

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

**Karel van Miert,**

**EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Brüssel, auf der ONLINE '97:**

Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikationsmarktes für neue Wettbewerber.

### **Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes aus der Sicht der Europäischen Kommission**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE'96

### **Erkki Liikanen,**

### **EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:**

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Scroll down to ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Die detaillierten Ausführungen der aktuellen Rechtsbeschwerde, persönlich übergeben an die Richterin am Amtsgericht Zankl, sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10)

Der aktuellen Rechtsbeschwerde wurden auch aktualisierte Anlagen als Beweis beigelegt:

### **Anlage OWiV-01**

### **Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

### **Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

### **Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

### **Anlage OWiV-03**

### **Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

### **Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

## Anlage OWiV-02 a

Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit  
Schriftsatz vom 31.01.2023.

### **> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz  
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und  
Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,  
Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender  
Lebensleistung.**

### **Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in  
2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne  
geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für**

**Rehabilitation und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:**

**Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

### **Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,**

**von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter**

**Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR**

**und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt

**„Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“,**

intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen

Congressmessen durch das BfJ sabotiert,

Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke

zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher

Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine

Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor

Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer

Justiz und Politik verteidigen

Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne

Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt

2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher

Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in

den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und

Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger

Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht

gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitation und  
Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung,  
deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht  
mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus**

rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitation und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.

> **Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011** mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .  
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,  
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter:  
Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für horrende Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,  
selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:  
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer **OWi-Bussgeld-Hexenjagd** am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitation und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.  
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,  
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,  
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz  
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)  
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde  
**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 286/380/389)

### **Die Pfändungen auf dem Pfändungsschutz-Konto unter staatsanwaltlicher Steuerung sind brutal verfassungswidrig.**

Der Nachweis über die Verfassungswidrigkeit des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23** mit wahrheitswidrigen Angaben wird mit folgenden Anlagen erbracht:

#### **Anlage OWiV-04 OLG**

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

#### **Anlage OWiV-05 OLG**

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

#### **Anlage OWiV-06 OLG**

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über

Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

**Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste  
**u.v.a.m.**

### **Anlage OWiV-07 OLG**

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74).

### **Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:

Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitation und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Die Rechtsbeschwerde ist Bestandteil der Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 (2 BvR 539/23). Im Beschluss wurde kein Hinweis gegeben, wie bei Einlegung des Rechtsmittels wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs zu verfahren ist. In Anbetracht der aufgezeigten Missstände ist das

Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen  
Beschluss IV-3 ORbs 133/23 ausführlich begründet, weil  
brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet,  
ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft des Beschlusses.  
Die Hinweise der verantwortlichen Richterin am Amtsgericht wurden eingehalten,  
soweit dies möglich war. Auch der schriftliche Beschluss wurde dem  
Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

**Selbst die Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist als  
verfassungswidrig abzulehnen, weil sie dazu missbraucht wird,  
verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken.  
Es geht hier nicht um Verkehrsordnungswidrigkeiten, sondern um 25 Jahre  
politisch motivierte Zerschlagungen mit einem Opfer verhöhnendem  
Opferkriminalisierungswahnsinn mit altersfeindlicher  
Generationendiskriminierung u.v.a.m. Die Geschäftsstelle des zuständigen  
Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 28.08.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.**

**Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als Zukunftsperspektive gepriesen, viel zu spät wie in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

#### **Anlage OWiV-04 OLG**

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

#### **Anlage OWiV-05 OLG**

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

#### **Anlage OWiV-06 OLG**

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

#### **Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von**

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste

**u.v.a.m.**

#### **Anlage OWiV-07 OLG**

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

**Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022: Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben**

**Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

**Anlage OWiV-02 a**

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:** Sieh Seite 9 oben

**Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

**Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

**Anlage OWiV-02 a**

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

**gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit**

**Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit**

**Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

**mit Kapitel BVERFG-380**

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.**

**Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

**mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,**

**mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!**

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

**Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen**  
**Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt**  
**2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.**

**> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .**

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,**  
**> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

**> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

**Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,**

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,**  
**> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)  
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde  
**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 286/380/389)

## Legende

**Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01.** Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsoffer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02.** Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03.** Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit: Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsoffer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung, jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen**

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04.** Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, . . . .

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

**Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023 Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

**Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023**

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

**05-OLG.** Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um

[25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen](#)

[mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung](#)

[eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .](#)

**Aber Hallo!** Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-4971-548

**Oberlandesgericht Düsseldorf**  
**3.Senat für Bußgeldsachen**  
**IV-3 ORbs 133/23**

**Cecilienallee 3**  
**40474 Düsseldorf**

Velbert, 03.10.2023

## **IV-3 ORbs 133/23**

523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal

Verfassungswidriger Beschluss vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.09.2023)  
am Oberlandesgericht Düsseldorf durch Richterin am Landgericht Kellner

Hier: Hinweis auf **termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde** gegen den Beschluss.

Rechtsmittel der Anörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen verfassungswidrigem  
Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im  
82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem  
70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa  
mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

**Begründung** mit fortlaufender. Nummerierung:

**06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG. Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss.**

**Kapitel 05-OLG.** Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft. Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten. Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum. Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . . Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten: Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

Siehe auch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D. nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023 > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf> Scroll down after link (page 10/21/28) und mit Hinweis:

**Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen.**

Siehe auch

**Anlage OWiV-07 OLG**

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit

Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74).

**Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte

gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:

Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,

Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Die Rechtsbeschwerde ist Bestandteil der Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 (2 BvR 539/23). Im Beschluss wurde kein Hinweis gegeben, wie bei Einlegung des Rechtsmittels wegen Verletzung des rechtlichen Gehörs zu verfahren ist. In Anbetracht der aufgezeigten Missstände ist das Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23 ausführlich begründet, weil brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft des Beschlusses. Die Hinweise der verantwortlichen Richterin am Amtsgericht wurden eingehalten, soweit dies möglich war. Auch der schriftliche Beschluss wurde dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt.

Selbst die **Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist als verfassungswidrig abzulehnen, weil sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Es geht hier nicht um Verkehrsordnungswidrigkeiten, sondern um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit einem Opfer verhöhnendem Opferkriminalisierungswahnsinn mit altersfeindlicher Generationendiskriminierung u.v.a.m. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Velbert, 03.10.2023



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.**

**Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als Zukunftsperspektive gepriesen, viel zu spät wie in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

### **Anlage OWiV-04 OLG**

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

### **Anlage OWiV-05 OLG**

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

### **Anlage OWiV-06 OLG**

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

#### **Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von**

weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste

**u.v.a.m.**

### **Anlage OWiV-07 OLG**

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

**Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte  
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:  
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle  
zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit  
Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung  
seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte  
Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend,  
Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch  
altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende  
Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit  
zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem  
Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf  
vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der  
vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht  
übergeben**

**Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und  
anderer Schriftsätze**

**Anlage OWiV-02 a**

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom  
01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:** Sieh  
Seite 9 oben

**Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises  
Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-  
Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung  
und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

**Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

**Anlage OWiV-02 a**

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitation mit Schadenersatz

anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

**gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit**

**Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit**

**Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

**Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)**

**mit Verweigerung von Rehabilitation und Schadenersatz**

**mit extremistischer Ausuferung**

**mit Kapitel BVERFG-380**

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,**

**Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.**

**Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

**mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,**

**mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung**

**ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!**

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

**Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen**  
**Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt**  
**2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.**

**> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .**

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,  
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

**> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

**Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,**

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,  
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom  
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das  
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige  
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)  
> indem selbst die **Energie-Pauschale der Bundesregierung** an alle  
deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde  
**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 286/380/389)

## Legende

**Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01.** Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sich Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02.** Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03.** Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit: Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung, jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen**

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04.** Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, . . . .

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

**Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023 Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

**Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023**

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

**05-OLG**. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORBs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um

[25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen](#)

[mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit](#)

[Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung](#)

[eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .](#)

**Aber Hallo!** Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

**Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen**

**den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023**

**06-OLG.** Rechtsmittel der Anhörungrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Frau Zankl  
Richterin am  
Amtsgericht Velbert  
(26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

**Nedderstraße 40  
42549 Velbert**

Velbert, 20.03.2025

26 OWi-523 Js 814/22-84/22

Ihr Schreiben vom 11.03.2025 (eingegangen am 14.03.2025)  
Anlage VB-2433 a)

**Sehr geehrte Frau Zankl,**

gegen das verfassungswidrige Bußgeld-Verfahren unter Ihrer Verantwortung habe ich

eine qualifizierte Rechtsbeschwerde und  
eine qualifizierte Verfassungsbeschwerde durchgeführt.  
(Anlage VB-2433 b)

Ihre Mitteilung auf Antrag einer Erzwingungshaft ist ungeheuerlich und skandalös. Diese beantragte Erzwingungshaft ist nichts anderes als eine erneute skrupellose Freiheitsberaubung mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte und als verfassungswidriges Übermaß zu bekämpfen. Deshalb wird der gesamte Vorgang dem Bundesverfassungsgericht als

**Anlage VB-2433**

**Skandalös & verfassungswidrig**

mit Androhung von **Freiheitsberaubung** VB-2433a)

in der neuen Verfassungsbeschwerde vorgelegt:

**Verfassungsbeschwerde 2 BvR 295/25 (AR7589/24)**

*Einleitung nach*

**Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24)**

vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024 / 17.09.2024

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>

Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)

**"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch." Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:**

**Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten Hans-Jürgen Papier (2002-2010)**  
> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).**  
> **Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz zu verfassungswidrigen Renten-Plünderungen seit 2021 (im Alter von 80 Jahren) auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen unter Verantwortung der Ampel-Regierung mit einem erbärmlichen Ende auf dem Weg in den Schuldenpakt einer neuen Bundesregierung ohne Respektierung der Grundrechte als Voraussetzung für Rechtsanwendungen gemäß Art.20 GG mit grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG**  
**Hier: Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen der sofortigen Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz bei Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024**  
**Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430) mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und 20.02.2025 mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025 mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr**  
**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa.**

Mit höflichem Gruß



Albin L. Ockl

Kopie an Bundesverfassungsgericht 2 BvR 295/25  
mit Anlage VB-2433 a) und Anlage VB-2433 b)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>  
Scroll down after link (page 58/70)



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.**

**Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt, als Zukunftsperspektive gepriesen, viel zu spät wie in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf dem staatlichen Digital-Gipfel im Dezember 2018/2019, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

#### **Anlage OWiV-04 OLG**

Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses **IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt)**, auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

#### **Anlage OWiV-05 OLG**

Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

#### **Anlage OWiV-06 OLG**

Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 10/21/28)

und mit Hinweis:

**Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**, von weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen, wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert, gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr, der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend, der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist, der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste

**u.v.a.m.**

#### **Anlage OWiV-07 OLG**

Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

**Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal**

wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022: Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.

**Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben**

**Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

**Anlage OWiV-02 a**

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,**

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:** Sieh Seite 9 oben

**Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

**Anlage OWiV-01**

**Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft**

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku

Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf>

**Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens**

**Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)**

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf>

Scroll down after link (page 253)

**Anlage OWiV-03**

**Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert**

mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

**Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze**

**Anlage OWiV-02 a**

**Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023.**

**> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:**

wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung

gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr mit

Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit

Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand

**wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution**

Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)

mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz

mit extremistischer Ausuferung

mit Kapitel BVERFG-380

**BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.**

**Staatsanwaltschaftliche Exzesse**

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,

mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!!!

**Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde**

**Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation, von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.**

**2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen**  
**Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt**  
**2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)**

**Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:**

**> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.**

**> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psycho-Terror . . .**

**> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,**  
**> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010,**

**selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:**

**> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt, weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.**

**Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,**

**> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,**  
**> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz**

> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom  
Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das  
Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige  
Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)  
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle  
deutsche Bürger\*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde  
**Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf>  
Scroll down after link (page 286/380/389)

## Legende

**Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.**  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01.** Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist, weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist, weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben, Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02.** Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03.** Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit: Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen, mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehobelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung, jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz) zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

**bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen**

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04.** Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

**sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie**

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, . . . .

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

**Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert  
(26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde  
gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023  
Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js  
814/22-84/22)**

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit  
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der  
Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

**Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit  
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023**

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem  
Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner  
im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem  
70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen  
Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer  
Treib- und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

**05-OLG.** Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen  
Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet,  
ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf  
Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten  
nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.

Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie  
dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne  
Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen  
Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige  
Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu  
machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das  
Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden  
muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am  
Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit  
staatsanwaltschaftlichen Exzessen**

**mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit  
Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit  
unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit  
Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit  
Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr  
mit Zerschlagung**

**eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-  
Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem  
Wissensmanagement . . .**

**Aber Hallo!** Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern  
Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

**Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit  
Hinweis auf termingerechte Anrufung des  
Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen**

**den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023**

**06-OLG.** Rechtsmittel der Anhörungrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.

Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 58)

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 02051-945-199

**Amtsgericht Velbert**  
**26 OWi 84/22 (523 Js 814/22)**

**Nedderstraße 40**  
**42549 Velbert**

Vorab an Fax 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht**  
**2 BvR 295/25**  
**Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025**  
**Schlossbezirk 3**  
**76131 Karlsruhe**

In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum.

Anzugreifender Hoheitsakt des Amtsgerichtes Velbert:

Beschluss vom 25.03.2025 (eingegangen am ?????):

26 OWi 84/22 (523 Js 814/22)

**Hemmungslose Eskalation von Hassverfahren an den Amtsgerichten**

Mettmann und Velbert unter Fortsetzung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung mit

**Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit judikativem Boykott von**

**Rehabilitierung und Schadenersatz** wegen Zerschlagung eines

**herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz**

Zerschlagung der Europäischen Congressmessen, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, erzwungen mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer staatlichen Auktion, der UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen (Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland), zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, einer Aufgabe des Solidaritätszuschlag !

Velbert, 27.03.2025

**26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) Amtsgericht Velbert**

Einspruch mit sofortiger Beschwerde und mehrfacher Verfassungsbeschwerde wegen

1) Formfehler der förmlichen Zustellung des Beschlusses ohne Zustelldatum

2) **Verfassungswidriges Übermaß: Erneute Freiheitsberaubung** als

Fortsetzung eines verfassungswidrigen Bußgeldverfahrens 26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) nach mehrfacher Verfassungsbeschwerde zu verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 mit weiterem Beschluss vom 25.März 2025 ohne Zustellungsdatum

Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel

BVERFG-419, zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 81)

### **Zu 1) Der Beschluss des Amtsgerichts Velbert kann wegen Formfehler der förmlichen Zustellung nicht anerkannt werden**

Weisungsgebundene Staatsanwälte haben eine qualifizierte Rechtsbeschwerde mit mehrfacher Verfassungsbeschwerde im Verfahren gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 wegen Formfehler nicht anerkannt. Der Beschluss des Amtsgerichtes Velbert (26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) vom 25.03.2025 kann wegen Formfehler in der förmlichen Zustellung (ohne Eintragung des Zustelldatums) nicht anerkannt werden.

### **Zu 2) Verfassungswidriges Übermaß mit erneuter Freiheitsberaubung nach verfassungswidrigem Shitstorm gegen erneute Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz gegen die Bundesrepublik Deutschland mit Verzögerungsrüge unter Ausnahmebedingungen vom 10.März 2025:**

**Abwehr von rechtswidrigen und verfassungswidrigen Rechtsanwendungen mit sofortiger Beschwerde unter einer disfunktionalen Beschwerde-Instanz bei Abwehr von verfassungswidrigen Güteverfahren zu neuer Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 03.10.2024**

**Abwehr hemmungsloser sozialer Zerschlagungen mit verfassungswidrigem Übermaß wegen judikativem Boykott von Schadenersatz-Verfahren mit Sabotage von weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der Beklagten zu über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen im Umfeld von enormen Staatsversagen (Anlage VB-2430)**

**mit sofortiger Beschwerde §572 ZPO vom 01.Nov.2024 und 23.01.2025 und mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge §321a ZPO vom 15.11.2024 und 20.02.2025**

**mit Verzögerungsrüge vom 10.März 2025**

**mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr durch weisungsgebundene Staatsanwälte**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa**

Das Urteil vom 25.März 2025 ist verfassungswidrig. **Verfassungswidrige Urteile und verfassungswidrige Beschlüsse haben keine Rechtskraft.**

Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig.

**Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wird angemahnt.**

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025: Kapitel BVERFG-419.

**BVERFG-419. Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung (Z4, Z5) mit verfassungswidrigem Übermaß im 84.Lebensjahr (Z5).**

**> > > Enormes Staatsversagen und totales Justizversagen**

**> > > Anlage VB-2430**

**Enormes Staatsversagen: Öffentliche Stellungnahme (07.03.2025) des früheren Bundesverfassungsgericht-Präsidenten (2002-2010)**

**Prof. em. Dr. jur. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier**

**Totales Justizversagen mit willfähigen Richtern und weisungsgebundenen Staatsanwälten: über 25 Jahre die Hölle und ihre Teufel gezeigt,**

**Getäuscht, belogen, betrogen,**

**Rehabilitierung, Schadenersatz und Wiederaufbau verweigert, sabotiert, boykottiert,**

**in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod gehetzt**

**Freiheitsberaubung nach 2 x Freiheitsberaubung zum 3.Mal angedroht mit JVA-Service für weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung**

Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 mit sozialen Zerschlagungen fortgesetzt  
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen seit dem 70.Lebensjahr (2010),  
mit Rentenplünderung-Skandal, mit Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz  
nach Aufbrauch erheblicher Altersrücklagen und nach kapitalen Vermögensschäden, nach Niederschlagung paralleler Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag (2010-2011)  
mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz in Deutschland und Europa

Bombardement mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit 2011 in parallelen Verfahren an Amtsgerichten, Landgerichten, Verwaltungsgerichten, Sozialgerichten durch alle erforderlichen Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht  
ohne vertrauenswürdige Rechtsanwälte, die wegen der politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von deutschen Spitzenpolitikern mit lebenslanger Immunitätsschutz keine Mitverantwortung an den Zerschlagungen übernehmen wollten gegen weisungsgebundene Staatsanwälte am Wohnort und am Geburtsort mit Helfern und Helfershelfern

> > > **Totales Justizversagen:**

Verfassungswidriger Missbrauch der Justiz mit enormen Staatsversagen nach über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen wegen **Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 an den größten Congress-Zentren in Deutschland für digitale Evolution auf dem Weg zur Künstlichen Intelligenz.**

Jetzt mit Rechtsmittel der Verzögerungsrüge wegen Verschleppung eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu Wiederaufbau des Familienunternehmens (Familienstiftung) mit Weltklasseleistungen, mit Weltklasseleistungen für digitale Evolution zu Weltklasseleistungen einer KI-Offensive, Anzugreifende Hoheitsakte am Ende des Kapitels BVERFG-419

Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel BVERFG-419 sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-30.pdf>

Scroll down after link (page 210)

Aus aktuellem Anlass: Besonderes Gedenken als persönliche Anzeige des Beschwerdeführers: > > >



**Wir trauern um**

**hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .**

**Prof. Dr. Horst Köhler**, verstorben am 01. Februar 2025, **Bundespräsident a.D.**, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31. Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25. Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag in Berlin  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>  
Rücktritt mit sofortiger Wirkung: Warnsignal als Hinweis auf enormes Staatsversagen

**Dr. Johannes Rau**, verstorben am 27. Januar 2006  
**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)**  
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf unserer **KOMMTECH 1988**, der 5. Europäischen Kongressmesse für technische Automation in Essen  
1 Jahr vor dem Mauerfall im Zuge der politischen Wende mit einer hochrangigen Delegation der DDR auf der KOMMTECH'88 auf dem Weg zur Wiedervereinigung  
> > > <https://www.euro-online.de/kommtech.html>  
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

**Dr. Bernhard Vogel**, verstorben am 02. März 2025,  
Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Brückenbauer für Ost und West, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten in 1985,  
**Festredner auf der ONLINE'85 in Düsseldorf**  
> > > <https://www.euro-online.de/1984.htm>  
> > > <https://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>  
Scroll down to ONLINE'85  
Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel war ein Ausnahmepolitiker und der einzige Ministerpräsident, der in Ost und West regiert hat.  
Anlässlich der Festrede auf der ONLINE'85 hat das Jugendorchester meines Wohnortes am Gymnasium Velbert aufgespielt mit der **Feuerwerksmusik von Georg Friedrich Händel** als musikalischer Rahmen für Innovationsaufbruch und -wachstum.

In der Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025 vorgetragen: Sieh Anlage

**Anlage VB-2433**

**Skandalös & verfassungswidrig**

mit Androhung von **Freiheitsberaubung** VB-2433a) gemäß

**Antwort/Fax vom 20.03.2025 an Richterin Zankl** am Amtsgericht Velbert

a) Schreiben der Richterin Zankl am Amtsgericht Velbert vom 11.03.2025 (eingegangen am 14.03.2025) zu einem verfassungswidrigen Urteil vom 24.02.2023, das mit Rechtsbeschwerde und mit anschließender Verfassungsbeschwerde abgewehrt wurde

b) Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Übersicht), weil Verfassungswidriger Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen

ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutz-Konto

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>

Scroll down after link (page 87)

Darüber hinaus:

**Ordnungswidrigkeitsverfahren 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 unter Verantwortung der Richterin Zankl am Amtsgericht Velbert**, in dem gegen das Urteil vorschriftsgemäß Rechtsbeschwerde eingelegt und anschließend das Bundesverfassungsgericht mit

**Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 angerufen wurde.**

Dieses Ordnungswidrigkeitsverfahren war außerdem Gegenstand der

**Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024:**

Sieh Kapitel **BVERFG-392** in Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 und Kapitel **BVERFG-405** in Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024

Aus Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

**BVERFG-392. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu**

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010**

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes mit direkter Verantwortung und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten

Opfer verhöhnendes Bußgeldverfahren inmitten einer eintägigen Serienveranstaltung von Bußgeldverfahren für Verkehrsdelikte mit wartenden Verkehr-Delinquenten als Zuschauer

mit einziger Zielsetzung: Opferkriminalisierungswahnsinn mit Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz für

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998**

**wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem**

**Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

Aus Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024:

**BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus**

> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache: Sieh Anlage Sommerfeld 8 (Anlage VB-2312 a), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung**

> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München  
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers : Mit Wissen aller Bundespräsidenten und **Demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler** unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:

Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

**Offensichtlich immer noch nicht deutlich genug:**

**Hemmungslose Eskalation von Hassverfahren** an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert unter Fortsetzung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich **sozialer Zerschlagung mit**

**Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution auf dem Weg zur künstlichen Intelligenz**

Zerschlagung der Europäischen Congressmessen, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, erzwungen mit dem weltweit größten Auktionsbetrag einer staatlichen Auktion, der UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen (Eliminierung der digitalen Innovationselite in Deutschland), zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung, einer **Aufgabe des Solidaritätszuschlag !**

**Aus aktuellem Anlass:**

**Der Solidaritätszuschlag ist verfassungsgemäß.** So hat das Bundesverfassungsgericht entschieden (26.03.2025)

Der Solidaritätszuschlag war 1995 eingeführt worden, um die Kosten der Wiedervereinigung zu finanzieren.

**Faktenlage:** Um den Solidaritätszuschlag in Grenzen zu halten, wurde das Auktionsvolumen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 maximiert (weltweit größtes Auktionsvolumen, das mit einer Auktion je erreicht wurde, über 50 Mrd EUR), um diesen Solidaritätszuschlag in Grenzen zu halten.

Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (mit verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffs mit über 50 Mrd EUR im Jahr 2000) wurde die digitale Innovationselite in Deutschland eliminiert. Mit der digitalen Innovationselite wurden die Europäischen Congressmessen mit professionellem Wissensmanagement der digitalen Evolution, Existenz-Grundlage des Beschwerdeführers, zerschlagen. Der Unterzeichner und seine Familie waren gezwungen, ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um zu überleben. Nach Aufbrauch der Altersrücklagen wurden zeitgleiche Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag niedergeschlagen.(2010-2011): Danach ging es weiter **mit Überflutung / Bombardement von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr (2011)**

Verfassungswidrige soziale Grundversicherungen wurden aufgezwungen, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto seit 2010!

Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen, mit ständigen Rentenplünderungen bis zum Limit.

Der Unterzeichner und seine Familie sind

**> nicht nur Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung und Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung**

**> sondern darüber hinaus Opfer sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen sozialen Grundversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto**

**als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung** am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des Altbundeskanzlers und der Altbundeskanzlerin (1998-2005-20219) und des heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten und seiner ehemaligen Staatsministerin Melanie Huml.

Der Bruder des Unterzeichners, Anerbe am Geburtsort, hat die Hetze weisungsgebundener Staatsanwälte nicht überstanden und sich die Kugel gegeben (2012 im Alter von 72 Jahren).

**Deutschland hat dem Unterzeichner und seiner Familie ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!**

Staatsanwälte werden aufgefordert, unverzüglich alle Gewaltmaßnahmen einzustellen. Darüber hinaus ist **unverzügliche Rückerstattung der Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto anzumahnen:**

> Rentenplünderung für Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers (Dr.Caspers, Mock Partner mbH) wegen verfassungswidriger sozialer Grundversicherungen in Höhe von 19.000 € **ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto**

> Rentenplünderung für Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Berlin wegen judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gemäß verfassungswidrigen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Kosteneinzugsstelle der Justiz bei dem Amtsgericht Spandau (821,28 €). Das Verwaltungsgericht Berlin hat mit eigenem Beschluss, ohne Antrag des Unterzeichners, die Gerichtsverfahren an sich gezogen nach judikativem Boykott am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15, 2 O 163/16) und in 2024 mit Fortsetzung des judikativen Boykott am Verwaltungsgericht Berlin. An beiden Gerichten wurden ordnerweise qualifiziertes Beweis- und Schadensberechnungs-Unterlagen vorgelegt.

Täter und Schuldner sind  
nicht die **Kostenopfer der deutschen Wiedervereinigung**,  
nicht die **Opfer politisch motivierter Zerschlagungen**  
**einschließlich sozialer Zerschlagung, trotz erbitterter Gegenwehr**  
**mit ständigen Rügen (Schaden nicht einfach laufen lassen),**  
**sondern die**  
**Deutsche Bundesregierung mit qualifiziertem Vorwurf enormen**  
**Staatsversagens**  
gemäß Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025.

Hass ist nicht tolerierbar, hier bei einer Hassgemeinschaft an den  
Amtsgerichten Velbert und Mettmann.  
Die Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 wurde im laufenden  
Verfahren dem Amtsgericht Velbert und Mettmann übergeben.  
Wegen verfassungswidriger Vorgänge (Stand April 2024) bereits  
dokumentiert in  
**Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024**  
> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf>  
Scroll down after link (page 001/088/156)

Velbert, 27.03.2025



Albin L. Ockl

## Anlage SGA gemäß Fax vom 11.12.2023

Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2023:

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, jetzt im 83.Lebensjahr**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)**

**nicht trotz, sondern**

**wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa**

**> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>**

Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2).

**Fehlbedarf von 60 Mrd. EURO im Bundeshaushalt 2023 nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15.Nov.2023:**

**Einsparungsmaßnahmen werden angedroht. Gegen wehrlose, unbeteiligte Bürger? > Fortsetzung verfassungswidriger Übergriffe vorprogrammiert?**

**Politische Ausreden ohne Rechtskraft: Frühere Regierungen hätten auch so verfahren; oder einfach nur Entschuldigung, weil die außergewöhnliche Notsituation nicht vorhersehbar gewesen sei.**

**Aussetzen der Schuldenbremse? „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“?**

**Wirklich nicht vorhersehbar: Außergewöhnliche Notsituation des Beschwerdeführers aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern wegen**

**Fehlbedarf von 50 Mrd EURO im Bundeshaushalt 2000: Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde,**

**> die aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, deren Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis einer beklagten Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,**

**> die bis heute mit Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane,**

**> die einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste aus totalem Versagen der parlamentarischen Kontrolle.**

**> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf>**

Scroll down after link (page 146)

## Legende

### Schriftsätze vom 27.Sept. 2022 / 23.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert

(26 OWi-523 Js 814/22-84/22) mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde  
gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79  
OWiG u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

**01.** Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung  
gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und  
Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .

weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier /  
Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (siehe Anlage OWiV-  
02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)

weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für  
soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum  
Mittäter geworden ist,

weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten  
Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,

weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht  
soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so  
Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und  
verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,

weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass

weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder  
zu betreiben haben,

Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen  
Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.

**02.** Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch

Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar  
nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.

Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf

**03.** Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen

Verkehrswidrigkeit:

Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:

Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig

Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:

**Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern**

**wegen einem herausragenden Lebenswerk**

**mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland  
und Europa, ohne Subventionen,**

**mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl.**

**professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)**

Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt,  
entrechtet und verklagt unter persönlicher Verantwortung der Täter

Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für

Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen)

bis zur

Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit

21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,

jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern

und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche

Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen  
mangelnder Kontrolle und Transparenz)

zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen

mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

**04.** Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht

„Bürger sind keine Untertanen“

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland“

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, . . . . . führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 01/10)

**Schreiben vom 24.Feb.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22): Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen in öffentlicher Verhandlung vorgelesenes Urteil vom 24.02.2023 Schreiben vom 04.04.2023 an das Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22)**

mit Information über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 gemäß Anlage der Verfassungsbeschwerde.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf>

Scroll down after link (page 74)

**Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023**

durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011

im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von

**25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten**

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern **05-OLG**. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.

Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten. Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.

Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf

staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um **25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen**

mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im **82.Lebensjahr mit Zerschlagung**

**eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .**

**Aber Hallo!** Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:

Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>

Scroll down after link (page 38)

**Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORBs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023**

**06-OLG.** Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023. Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG. Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>  
Scroll down after link (page 58)

**Persönlicher Brief vom 20.03.2025 an Richterin Zankl am Amtsgericht Velbert**

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>  
Scroll down after link (page 70)

**Schriftsatz vom 27.03.2025**

**26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) Amtsgericht Velbert mit Kopie vorab**  
Fax 0721-9101-382

**Bundesverfassungsgericht 2 BvR 295/25**  
**Verfassungsbeschwerde vom 15.03.2025**

Einspruch mit sofortiger Beschwerde und mehrfacher Verfassungsbeschwerde wegen

- 1) Formfehler der förmlichen Zustellung des Beschlusses ohne Zustelldatum
- 2) **Verfassungswidriges Übermaß: Erneute Freiheitsberaubung** als Fortsetzung eines verfassungswidrigen Bußgeldverfahrens 26 OWi 84/22 (523 Js 814/22) nach mehrfacher Verfassungsbeschwerde zu verfassungswidrigen Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 mit weiterem Beschluss vom 25.März 2025 ohne Zustellungsdatum

**Der gesamte Schriftsatz:** Die detaillierten Ausführungen zu dem Schriftsatz mit Kapitel BVERFG-419 sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku

> > > <https://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf>  
Scroll down after link (page 81)